



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
wwf@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

WWF-Forderungen zur Rettung der Klima- und Energiestrategie

Stellungnahme des Umweltverbandes WWF Österreich zum Entwurf der Klima- und Energiestrategie vom 3. April 2018

Wien, 07.Mai.2018

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Köstinger,
sehr geehrter Herr Bundesminister Hofer,
sehr geehrter Herr Bundesminister Löger,

vielen Dank für die Einladung zur Stellungnahme zum Entwurf der Klima- und Energiestrategie. Der WWF Österreich hat mehrere wissenschaftliche Studien mit Vorschlägen zur Umgestaltung unseres Energiesystems vorgelegt und diese auch in den Strategieprozess eingebracht. Allerdings wurde vieles davon nicht berücksichtigt, weshalb wir - so wie auch zahlreiche Stimmen aus der Wissenschaft - einen großen Verbesserungsbedarf sehen. Denn wer sich, richtigerweise, die Dekarbonisierung vornimmt, muss deutlich mutiger und weitsichtiger vorgehen. Ansonsten sind weder die Pariser Klimaschutzziele noch die deutlich weniger ambitionierten EU-Ziele erreichbar. In etlichen Punkten fällt der Strategie-Entwurf sogar hinter Vorgaben aus dem Regierungsprogramm zurück. Denn darin stehen als Forderungen konkrete Ziele für alle Sektoren, zusätzliche Finanzmittel für die Bahninfrastruktur sowie ein „Eliminieren kontraproduktiver Anreize und Subventionen“.

Aus einer verpassten Chance kann nur dann noch eine gute Strategie werden, wenn konkret und transparent nachgebessert wird. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesregierung das über Jahre ausgedünnte Umweltbudget massiv aufstockt sowie frisches Geld für die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie bereitstellt. Klimaschutz rechnet sich und bringt eine mehrfache Dividende für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Das wissen auch immer mehr Unternehmen, die sich für eine ambitionierte und langfristig ausgerichtete Klima- und Energiestrategie aussprechen, wie der von WWF Österreich und GLOBAL 2000 gemeinsam initiierte „Appell der Wirtschaft“¹ zeigt.

Ebenfalls entscheidend ist, dass die bisher vorgelegten Maßnahmen erweitert und mit konkreten Zeitplänen zur Umsetzung, Finanzierung und politischen Verantwortlichkeit ergänzt werden. Denn ohne Verbindlichkeit droht die künftige Strategie zum bloßen Papiertiger zu werden und würde Österreich in Sachen Klimaschutz weiter zurückfallen. In weiterer Folge drohen unserem Land Strafzahlungen in Millionenhöhe, wenn europäische Verpflichtungen verfehlt werden.

¹ Siehe <https://www.wwf.at/de/klimaschutzappell/>



Im Zuge des laufenden Konsultationsprozesses haben wir gemeinsam mit dem Energieexperten Andreas Veigl die beiliegende Studie „Schwarzbuch Klimastrategie“ erarbeitet, die zahlreiche Lücken und Versäumnisse des Entwurfs der Bundesregierung aufdeckt. Auf Basis dieser quantitativen und qualitativen Bewertung bringt der WWF Österreich die folgenden Eckpunkte für eine ambitionierte und naturverträgliche Klima- und Energiestrategie ein:

1. Steuersystem auf Klimaschutz und Energieeffizienz optimieren:

- a.** Österreich braucht eine ambitionierte ökosoziale Steuerreform, die aufkommensneutral Energie- und Ressourcenverbrauch verteuert sowie Arbeit, Gesundheit und Umweltinvestitionen verbilligt. Jeder Haushalt sollte daraus einen „Ökobonus“ erhalten. Eine ökosoziale Steuerreform soll weiters für die energie- und CO₂-intensive Industrie aufkommensneutral ausgestaltet werden, dabei aber ihre Lenkungswirkung behalten. Deshalb sollen CO₂ und Energie einen Preis bekommen, der durch Reduktion der Steuern auf Arbeit, die Reduktion der Lohnnebenkosten sowie speziell für die CO₂- und energieintensive Wirtschaft durch einen Technologie-, Innovations- bzw. Industriebonus für klimaschutzwirksame Investitionen ausgeglichen wird. Durch eine ökologische Steuerreform ist eine doppelte Dividende im Sinne von Wirtschaftsimpuls und Umweltschutz erzielbar.
- b. Kontraproduktive und umweltschädliche Subventionen müssen rasch abgeschafft werden.** Eine WIFO-Analyse (2016) der Förderungen mit negativen Umweltauswirkungen in Österreich ergibt ein jährliches Volumen von 3,8 bis 4,7 Milliarden Euro. Darunter fällt etwa die steuerliche Begünstigung von Heizöl, Diesel und Kerosin, die Befreiung von Energieabgaben und Energiesteuern in der Industrie oder Teile der Wohnbauförderung wie die Stellplatzverordnung (Vorgeschriebene Mindestanzahl von Kfz-Stellplätzen streichen). Die Fakten liegen also längst vor, weshalb es auch nicht nachvollziehbar ist, dass gemäß Strategieentwurf noch ein weiteres Jahr bis Mitte 2019 lediglich „analysiert“ werden soll.
- c. Kein Gießkannensystem** bei der Förderung von erneuerbaren Energien, sondern strategischer Fokus auf relevante und naturverträgliche Projekte. Naturschutzkriterien für die Förderung von erneuerbaren Energie-Projekten entwickeln und zur Anwendung bringen. Im Sinne der Biodiversitätsstrategie müssen jene Vorhaben bevorzugt werden, die eine hohe Energie-Ausbeute bei möglichst geringem „Naturverbrauch“ haben. Durch eine Staffelung der Förderung kann eine sinnvolle Steuerung und ein effizienter Mitteleinsatz bewirkt werden.
- d. Verlässliches und deutliches CO₂-Preissignal:** Ein ansteigender CO₂-Mindestpreis schafft für die Wirtschaft vorhersehbare, stabile Rahmenbedingungen und wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten national umgesetzt. Die Einnahmen fließen in die Senkung der Lohnnebenkosten sowie in Offensivmaßnahmen bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.



- 2. Energiewende naturverträglich umsetzen:** Österreich braucht eine Energie- und Klimapolitik, die zu einer Senkung des Energieverbrauchs, einem Ausbau der Erneuerbaren unter Einhaltung von Naturschutzkriterien und zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen auf einem Pfad zur Klimaneutralität bis spätestens 2050 führt. Die neue Strategie muss daher auch einen Naturschutz-Check bestehen, der sicherstellt dass die Eingriffe in die Natur auf ein Minimum begrenzt werden. Für große Themenfelder sind „Strategische Umweltprüfungen“ durchzuführen, die frühzeitig die Umweltverträglichkeit und Sinnhaftigkeit von Projekten klären. Das verringert Konflikte bei der Umsetzung und beschleunigt Verfahren nachhaltig.

Im Sinne der Nachhaltigkeit muss sich die neue Klima- und Energiestrategie eindeutig zum umwelt- und naturverträglichen Ausbau der Energiewende bekennen. Dieses Bekenntnis muss dementsprechend klar und unmissverständlich formuliert und verankert werden. Dies gilt insbesondere für das Kapitel zum künftigen Energiegesetz („Aufgabe 4“), in dem Kriterien zur Naturverträglichkeit als Ziel festgeschrieben werden müssen.

- 3. Noch im Herbst 2018 muss ein großes Energiesparprogramm starten,** um Energie intelligent zu nutzen statt weiterhin großflächig zu verschwenden. Fossile Fahrzeuge und ungedämmte Häuser verschwenden zwei Drittel der gekauften Energie als Abwärme. Damit sind sie teuer für Konsumenten, schaden dem Klima und führen zu milliardenteuren Energieimporten. Folgende Programme sollen daher die Energieverschwendung stoppen:
- a. Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Bahnangebotes sowie vollständige Elektrifizierung (fast ein Viertel aller Bahnkilometer werden noch mit Diesel gefahren). Klare Forcierung der Elektromobilität, flächendeckende Ladeinfrastruktur (Schnellladestellen an Verkehrsnotenpunkten, Langsam-Ladestellen {technisch einfacher} auf allen Parkmöglichkeiten).
 - b. Masterplan für Dekarbonisierung des Gütertransportes. Verstärkte Verlagerung auf die Bahn, Einführung emissionsfreier Antriebe auf der Straße, Internalisierung externer Kosten.
 - c. Ausbau des Energieeffizienzgesetzes zu einem neuen „Gesetz für Energiesparen und Energieeffizienz“, um den Endenergieverbrauch innerhalb der Legislaturperiode um mindestens zehn Prozent zu senken. Nur mehr nachweislich wirksame Maßnahmen dürfen akzeptiert bzw. angerechnet werden.
 - d. Sanierungsrate auf über drei Prozent, längerfristig auf fünf Prozent, heben und die Belastung durch fossile Heizsysteme rasch beenden. Entscheidend dafür sind ambitionierte Energiestandards für alle beheizten Gebäude mit stufenweiser Sanierungspflicht in Abhängigkeit vom Energieverbrauch pro Quadratmeter. Dafür müssen langfristige Beratungs- und Förderinstrumente angeboten werden. Zudem braucht es eine Zweckbindung der Wohnbauförderung, die mindestens 80 Prozent der Gelder für die thermische Sanierung reserviert und in Ausbildungsprogramme für relevante Branchen investiert.



4. Schrittweiser, aber rascher Ausstieg aus fossiler Energie in den Bereichen Mobilität, Gebäudeheizung und Kraftwerks-Infrastruktur.

- a. Keine Investitionen in neue Gas-Infrastruktur, Kohleausstieg in der E-Wirtschaft beschleunigen.
- b. Ausstiegsstrategie aus fossilen Energien bei der OMV einleiten. Die Republik als größter Aktionär muss ihre Strategie des Fossilausstieges auch hier in die Wege leiten. Ohne neues Geschäftsmodell wird die OMV zum „stranded investment“.
- c. Für die Industrie braucht es einen ambitionierten und differenzierten Plan, um die technischen Möglichkeiten zu nutzen und Investitionszyklen nicht zu versäumen. Insbesondere bei langfristig wirksamen Strukturen sind Vorschriften, Normen und Standards zu setzen, die Treibhausgasneutralität forcieren und Lock-In Effekte vermeiden. Daher braucht es zum Beispiel einen klaren Zeitplan für ein Ende von Pkw-Neuzulassungen mit Verbrennungsmotor. Bis dahin sind Anreize für saubere und sparsamere Pkw in der Gesamtflotte (NoVA-Spreizung) zu setzen, gerade bei Firmenwagen. Emissionsfreie Fahrzeuge müssen vor allem bei der öffentlichen Hand schnell Standard werden, indem eine vorrangige Benutzungspflicht bei Vorhandensein emissionsfreier Fahrzeuge eingeführt wird (siehe Punkt 5).

5. Eine gesamthafte Mobilitätsstrategie, die möglichst rasch vorgelegt wird:

- a. Ziel ist es, den nichtmotorisierten und öffentlichen Verkehr maximal weiterzuentwickeln und im Idealfall schon ab 2025 keine fossilen PKW und Klein-LKW mehr zuzulassen. Die Mobilitätspläne müssen an die Struktur der jeweiligen Region angepasst sein. Das heißt: mehr öffentlicher Verkehr in Ballungsräumen, maßgeschneiderte Mobilitätslösungen für ländliche Regionen.
- b. Massiver Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und Forcierung der Elektromobilität: Sicherstellen der Finanzierung für den Ausbau des Angebots und Fortführung der Bahninfrastruktur (insbesondere Modernisierung auch abseits der Hauptstrecken, vollständige Elektrifizierung). Offensive für nachhaltige Mobilitätsmodelle.
- c. Der sinnvolle und ambitionierte Ausbau des Radverkehrs (von 7 auf 13 Prozent gemäß Strategie-Entwurf) darf nicht nur als Anspruch am Papier stehen, sondern muss mit konkreten Maßnahmen und Sonderbudgets für Länder und Gemeinden unterlegt sein.

6. Klare Ziel-Perspektiven festschreiben und außer Streit stellen. Im Sinne der Planungs- und Investitionssicherheit.

- a. Klimaneutralität bis spätestens 2050. Ziel ist die praktisch vollständige Dekarbonisierung des Energiesystems bis 2050. Das heißt konkret: Reduktion des Endenergieverbrauchs in Österreich um mindestens 50 Prozent gegenüber 2005. Reduktion der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent gegenüber 1990. Naturverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien auf de facto 100 Prozent des Endenergiebedarfs.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
wwf@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

- b.** Große Schritte schon bis 2030 umsetzen. Reduktion des Endenergieverbrauchs um 30 Prozent gegenüber 2005, 60 Prozent des gesamten Endenergiebedarfs (Strom und Wärme) aus naturverträglichen erneuerbaren Quellen bereitstellen und bilanziell 100 Prozent erneuerbaren Strom erzeugen - unter Einhaltung von festgelegten Naturschutzkriterien, die im neuen Energiegesetz (bisher Ökostromgesetz) festgeschrieben werden.

Fazit: Aktuell steht Österreich in Sachen Klimapolitik nicht gut da. Die Klimabilanz ist verheerend, der CO₂-Ausstoß steigt an anstatt zu sinken. Damit die von der Bundesregierung beschlossene Dekarbonisierung bis 2050 gelingen kann, braucht es daher einen Instrumenten- und Maßnahmenkatalog, der sehr rasch zu einer Senkung des Energieverbrauchs, zu einer Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien und zu einem deutlichen Rückgang der Treibhausgasemissionen führt. Ansonsten bleibt nicht nur der Klimaschutz auf der Strecke, sondern fehlt auch der heimischen Wirtschaft Planungs- und Investitionssicherheit.

In diesem Sinne appellieren wir an Sie, die künftige Klima- und Energiestrategie deutlich ambitionierter und konkreter zu gestalten und dafür auch die Vorschläge des WWF Österreich zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen,

Mag.a. Hanna Simons

**Stellvertretende Geschäftsführerin
Leiterin der Natur- und Umweltschutzabteilung
des WWF Österreich**

Karl Schellmann

**Klima- und
Energiesprecher
des WWF Österreich**